



# USA-NATO-EU: plötzlich Feinde ?

Titelbild: rk.pressecheck 1.26

**pressecheck**

Roland Keller, Publizist | [www.presse-check.ch](http://www.presse-check.ch)

Basel, 14. Januar 2026.

**Kommentar von Roland Keller**



## Die Allianz als Risikoquelle

So schnell kann es gehen: Europa und die NATO sehen sich nicht nur mit Gegnern ausserhalb des Bündnisses konfrontiert, sondern mit politischer Erpressbarkeit und strategischer Volatilität im Innern. Das ist kein moralischer Befund, sondern ein machtpolitischer. Bündnisse sind Verträge unter Vorbehalt; sie funktionieren, solange die Interessenlage der Schlüsselakteure kompatibel bleibt.

Die Trump-Administration hat diese Vorläufigkeit in den letzten Wochen demonstrativ ins Zentrum gerückt: mit dem militärischen Zugriff auf Venezuela und der offenen Drohkulisse in der Grönland-Frage. In beiden Fällen wird nicht in erster Linie ein regionales Problem «gelöst», sondern ein Präzedenz geschaffen: Wer die Definitionsmacht über «Sicherheit» besitzt, beansprucht das Recht, Grenzen, Souveränität und Bündnisroutinen zu übergehen.

## Grönland: Strategische Logik, politisches Signal

Das Sicherheitsargument ist nicht aus der Luft gegriffen. Grönland ist für Frühwarnung, Raketenabwehr, Weltraumlagebild und die Kontrolle nördlicher Luft- und Seewege relevant; die USA sind dort seit Jahrzehnten militärisch präsent, gestützt auf das Verteidigungsabkommen mit Dänemark. Gerade dieser Punkt ist entscheidend: Der operative Bedarf der USA ist bereits weitgehend abgedeckt, ohne dass Souveränität verschoben werden muss.

Darum ist die Kernwirkung der aktuellen US-Forderungen politisch, nicht technisch. Präsident Trump formuliert «Kontrolle» als Besitzfrage und verknüpft sie mit Bündnisnarrativen («NATO wäre stärker, wenn Grönland US-kontrolliert wäre»). Damit wird ein Verbündeter (Dänemark) unter einen Druck gesetzt, der in der Logik klassischer Einflusszonenpolitik steht. Dass Grönlands Regierung und Dänemark dies öffentlich zurückweisen, ist folgerichtig. Ebenso die europäische Solidaritätsbekundung.

Eine Gegenposition ist möglich und analytisch ernst zu nehmen: Man kann argumentieren, Washington wolle keinen «Kolonialismus», sondern maximale strategische Handlungsfreiheit im arktischen Wettbewerb mit Russland und China. Nur bleibt das Problem identisch: Wenn Handlungsfreiheit durch Infragestellung von Souveränität und Bündnisregeln erkaufte wird, entsteht bei Partnern ein rationales Misstrauen, das sich nicht durch wohlklingende Versicherungen reparieren lässt.

## Vom «Befreier»-Narrativ USA zur Machtpraxis

Der militärische Zugriff auf Venezuela (Operation und anschliessende juristische Debatte in den USA eingeschlossen) markiert in der Wahrnehmung vieler Staaten einen weiteren Schritt von regelgebundener Ordnungspolitik zu offenem Zwang.

Das gilt unabhängig davon, wie man Maduro politisch beurteilt. Entscheidend ist der Präzedenz: Die Schwelle zur Gewaltanwendung wird niedriger, wenn sie innenpolitisch als «Strafverfolgung» und ausenpolitisch als «Stabilisierung» etikettiert werden kann.

Der Satz «die Koalition der Willigen habe alle Kriege verloren» ist als Pauschalurteil angreifbar; militärische Zieldefinition, politische Endzustände und Zeitfenster unterscheiden sich (Kosovo, Irak, Afghanistan, Libyen). Die präzisere Diagnose lautet:

Westliche Interventionen haben wiederholt hohe Kosten produziert, ohne stabile politische Ordnungen zu schaffen; das hat die Abschreckungsglaubwürdigkeit nicht automatisch erhöht, aber die politische Legitimität der Machtprojektion erodiert. Diese Erosion ist der Nährboden, auf dem Gegner die Erzählung vom «Doppelmass» des Westens verstärken.

## Konsequenzen für die Schweiz: Neutralität als Fähigkeit, nicht als Pose

Was bedeutet das für die Schweiz im Zentrum Europas?

Realistisch betrachtet ist die Schweiz militärstrategisch «von Feinden umzingelt».

Der entscheidende Punkt ist weniger die Absicht der Nachbarn als die Dynamik von Eskalationen: In einer fragmentierten Ordnung werden Transit, Luftraum, kritische Infrastruktur, Finanzplatz und Cyberspace zu Hebeln, die auch ohne „formale Feindschaft“ Druck erzeugen.

Der fatale Rückbau der Schweizer Armee nach 1990 war politisch von der Friedensdividende getragen; strategisch war er eine Wette auf stabile Grossmachtverhältnisse.

Diese Wette war naiv und ist seit 2022 widerlegt und seit 2025/2026 zusätzlich durch die Unzuverlässigkeit amerikanischer Bündnispolitik belastet.

Gleichzeitig muss man bei Mobilisierungszahlen präzise bleiben: Die historische Mobilmachung 1939 umfasste rund 450'000 Soldaten plus Hilfsdienste; die Kalkriegslogik zielte auf sehr rasche Einsatzbereitschaft, aber die heutigen Strukturen und Bestände sind deutlich kleiner.

Aktuell liegt der Effektivbestand der Schweizer Armee im Bereich von rund 146'700 eingeteilten Armeeangehörigen (Stichtag 1. März 2025).

Neutralität ist in diesem Umfeld nur dann glaubwürdig, wenn sie durch drei Fähigkeiten gestützt wird:

**Erstens:** eine glaubhafte, durchhaltetfähige Landesverteidigung (inklusive Munition, Luftverteidigung, Führungsfähigkeit, Resilienz kritischer Systeme).

**Zweitens:** eine Aussenpolitik, die Vermittlungsräume offenhält, ohne in die Logik von «Koalitionen der Willigen» eingezogen zu werden.

**Drittens:** eine Rechts- und Finanzplatzpolitik, die zwischen Sanktionen, Einfrieren und Konfiskation sauber unterscheidet und damit die eigene Verlässlichkeit schützt.

Hier ist eine Korrektur notwendig: Die Schweiz hat russische Vermögenswerte in grossem Umfang eingefroren; eine generelle Konfiskation wird vom Bundesrat mit Verweis auf Rechtsstaat und Verfassung ausdrücklich abgelehnt.

Daraus folgt nicht politische Unschuld, aber es ist ein relevanter Unterschied für die Bewertung der Eskalationsrisiken.

## EU-Anbindung: Ökonomie, Souveränität, Kriegsrisiko

Dass die EU der wichtigste Wirtschaftsraum der Schweiz ist, bleibt unstrittig; ebenso, dass die Schweiz faktisch tief eingebunden ist. Die innenpolitische Debatte dreht sich aktuell um Stabilisierung und Weiterentwicklung des bilateralen Wegs, *nicht* um einen unmittelbaren Vollbeitritt.

Die Warnung vor einem EU-Beitritt mit «plötzlicher Kriegsbeteiligung» ist in der Form zu apodiktisch, verweist aber auf einen realen Kern: Mitgliedschaften verändern Rechtsbindungen und Erwartungs-

haltungen in Krisen. Wer über EU-Optionen spricht, muss nüchtern die sicherheitspolitischen Klauseln, die politische Praxis und die Eskalationspfade mitdenken, statt sich auf Symbolbegriffe zu verlassen. Umgekehrt gilt: Auch ohne Mitgliedschaft kann die Schweiz in Konfliktdynamiken hineingezogen werden, etwa über Finanzplatz, Energie, Cyber oder Luftraum; formale Distanz ist kein automatischer Schutz.

## **China und die maritime Dimension: Präsenz durch Reichweite**

Der Hinweis auf China ist berechtigt, sollte aber präziser formuliert werden.

Chinas Marine operiert zunehmend «blue-water» und tritt in multinationalen oder bilateralen Formaten weit ausserhalb Ostasiens auf; dies umfasst auch Kooperations- und Übungsräume, die europäische Sicherheitsinteressen berühren. Ein aktuelles Beispiel sind gemeinsame Manöver von China, Russland und Iran vor Südafrika.

Aus solchen Aktivitäten folgt nicht automatisch eine direkte Bedrohung der Schweiz, aber sie verändern die strategische Umgebung Europas: Seeverbindungen, Sanktionsdurchsetzung, Energieflüsse und die militärische Zeit-Geografie werden komplexer.

## **Ausblick: Europa nach der Gewissheit**

Europa kommt in einer neuen Welt an, in der zwei Gewissheiten verschwinden: die Gewissheit amerikanischer Berechenbarkeit und die Gewissheit, dass wirtschaftliche Verflechtung automatisch sicherheitspolitische Mässigung produziert. Trumps Politik kann zu einem partiellen US-Rückzug aus Europa führen, aber ebenso zu einer punktuellen Reimperialisierung an strategischen Scharnieren (Arktis, Energie, Seewege).

Beides zwingt Europa zu mehr Eigenständigkeit, und die Schweiz zu einer unangenehmen Einsicht: Souveränität ist kein Zustand, sondern ein Unterhaltsprojekt.

## **USA, Mehrfrontenlogik bleibt eine harte Regel:**

**Mächte, die zu viele Schauplätze gleichzeitig öffnen, riskieren Überdehnung.**

Das kann Washington bremsen; es kann aber auch zu riskanteren, vorschnellen Schritten verleiten, um Fakten zu schaffen, bevor innenpolitische oder bündnispolitische Kosten steigen.

Genau darum ist Grönland mehr als eine Inseldebatte:

Es ist ein Testfall, ob der Westen seine eigenen Regeln noch als bindend betrachtet.

## **Fazit**

Zum Abschluss eine sicherheitspolitische Betrachtung.

Man muss Trumps Vorgehen nicht gutheissen; strategisch wirkt es jedoch folgerichtig. Die EU hat die nördliche Sicherheitsarchitektur über Jahre vernachlässigt. Was Europa unterliess, treiben nun die USA voran.

Das neue US-Ziel dürfte lauten: Die Vereinigten Staaten räumen ihren kontinentalen Hinterhof auf. Die Amerikas werden im weitesten Sinn als ein zusammenhängender Riesenkontinent begriffen, der schrittweise unter US-Dominanz und Symbolik „vereinigt“ wird. Parallel dazu werden sich die USA graduell aus Europa zurückziehen. Die EU wird früher oder später eine Form von Verständigung mit Russland suchen; langfristig könnte sich eine kontinentale Ordnung von Grossbritannien bis an den Ural herausbilden. Das wäre, nüchtern betrachtet, ein folgerichtiger Prozess.

## **Entsprechende Meinungen und Deutungen in aktuellen Analysen**

In der gegenwärtigen Debatte findet sich erstens eine „Hemisphere-first“-Lesart: Teile der US-Strategiediskussion argumentieren offen, die USA müssten Ressourcen aus peripheren Verpflichtungen abziehen und die Priorität auf Heimatverteidigung und westliche Hemisphäre legen. Diese Stoßrichtung wird auch mit offizieller Strategiekommunikation in Verbindung gebracht, die eine geringere Priorität Europas und eine stärkere Fokussierung auf westliche Hemisphäre beschreibt.

Zweitens gibt es eine arktische Variante dieser Logik: In Analysen zu Grönland wird die Insel als Schlüsselraum für Nordatlantik, Frühwarnung, Raketenabwehr, maritime Zugänge und künftig auch Rohstoff- und Lieferkettenpolitik beschrieben. In dieser Perspektive ist das Thema weniger „Europa“ als vielmehr der Schutz der nordamerikanischen Flanke, der sich geographisch über den Nordatlantik und die Arktis erstreckt.

Drittens wird Trumps Vorgehen in einer konkurrierenden Deutung nicht als folgerichtige Sicherheitsvorsorge, sondern als machtpolitischer Territorialismus und Ressourcenpolitik interpretiert, der Bündnissolidarität unterminiert. Gerade zum Grönland-Komplex wird in mehreren Beiträgen betont, die USA hätten dort bereits eine etablierte Militärpräsenz und vertragliche Handlungsräume; das Eskalationsmoment liege daher weniger in „Sicherheitslücken“ als in der politischen Methode und im Anspruch auf Kontrolle.

Viertens ist die Frage eines US-Rückzugs aus Europa eng mit der europäischen „Pfeiler“-Debatte in der NATO verknüpft. Ein Strang argumentiert, Europa könne und müsse einen grösseren Anteil an Abschreckung und Verteidigung tragen; die US-Rolle würde damit relativ kleiner, ohne dass das Bündnis zwingend kollabiert. Diese Sicht knüpft an Burden-Sharing- und Fähigkeitsdiskussionen an, die in europäischen und transatlantischen Thinktanks seit Jahren geführt werden.

### **Plausibilität und Gegenposition zur These „Reich von Grossbritannien bis zum Ural“**

Als mentales Modell lässt sich Ihre These als „Portfolioumschichtung“ lesen: Die USA verlagern Kapital und Machtmittel in den Raum, den sie als vitalen Sicherheitsgürtel definieren; Europa muss dann zwangsläufig eigene Risikoversorge betreiben und mit Russland irgendeine Form von Stabilisierung erreichen. Dieses Modell erklärt, warum die Idee einer europäischen Neuordnung immer wieder auftaucht.

Die Gegenposition lautet jedoch:

Eine europäisch-russische Einigung ist nicht einfach ein „folgerichtiger Prozess“, sondern an harte Voraussetzungen gebunden, die derzeit strukturell fehlen. In Studien zur europäischen Sicherheitsarchitektur wird betont, dass die bestehende Ordnung aus NATO, EU-Politiken und OSZE nicht nur militärisch, sondern auch normativ und institutionell verankert ist; zugleich gilt Russlands Verhalten seit 2022 für viele Akteure als grundlegende Infragestellung dieser Ordnung.

Damit wird ein „Grossraumkompromiss“ von London bis Ural politisch hochgradig kontingent: möglich als Langfristoption, aber keineswegs logisch zwingend.

Ergänzend: In Analysen, die das Konzept einer gesamteuropäisch-russischen Sicherheitszone diskutieren, wird gezeigt, dass solche Entwürfe historisch wiederkehren, aber oft an asymmetrischen Interessen, Machtfragen und der Instrumentalisierung von Interdependenzen scheitern.

### **Einordnung der aktuellen Arktis-Dynamik als Testfall**

Die jüngsten Berichte zur Grönland-Frage zeigen, dass die Arktis nicht nur eine technische Flankenfrage ist, sondern ein politischer Stresstest für Bündniskohäsion: Verbündete reagieren mit Symboltruppen, Debatten über Luftüberwachung und sichtbare Präsenz; gleichzeitig wird die Motivlage Washingtons innerhalb Europas kontrovers bewertet.

Russland wiederum weist die Bedrohungsnarrative zurück und deutet die Aufrüstung als künstliche Hysterisierung. Diese Gemengelage macht Ihre Grundannahme einer US-Umpriorisierung nachvollziehbar, aber sie schwächt die These, dies geschehe „folgerichtig“ im Sinne einer stabilen Ordnung; die Mittel können die Ordnung selbst beschädigen.